

K. k. Bezirksschulrat Wien.

Beratungen der Nationalverbandsgruppen.

Zwei Gruppen des Nationalverbands, die deutsch-böhmische Vereinigung unter dem Vorsitz des Abg. Pachter und die alpenländische Vereinigung unter dem Vorsitz des Abg. Dobernia hielten heute Beratungen ab.

Die erstere der beiden Gruppen erhob die vom Abg. Gummer ausgearbeiteten neuen Satzungen zum Beschlusse, deren erster Paragraph bestimmt: „Die deutsch-böhmische Vereinigung ist berufen, die Forderungen der Deutschen in Böhmen zu vertreten; sie umfaßt mit gleichen Rechten und Pflichten die von den deutschen Wahlbezirken Böhmens in den Reichsrat entsendeten Abgeordneten, welche Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes sind oder welche, ohne dem Deutschen Nationalverband anzugehören, auf Grund besonderer Beschlüsse im Sinne dieser Satzungen aufgenommen werden.“ Zur Aufnahme von dem Nationalverband nicht angehörenden Abgeordneten in die Vereinigung ist erforderlich der Vorschlag des Vorstandes und die Annahme mit Zweidrittelmehrheit. Die Geschäfte der Vereinigung werden besorgt vom Vorstand (Obmann, drei Obmannstellvertretern und drei Schriftführern) und vom Hauptauschuß (der auf neun Mitglieder ergänzte Vorstand); fallweise können Sonderausschüsse bestellt werden. Alljährlich erfolgt im Herbst die Wahl des Obmannes und dreier Hauptauschüßmitglieder kurienweise; die Sakunen teilen nämlich die Mitglieder der Vereinigung in drei Gruppen (Deutschböhmen, deutsche Mararier und die übrigen). Wer sich bei Abstimmungen im Parlament an die beschlossenen Vereinbarungen nicht hält, ist als ausgeschieden zu betrachten, wobei den Nationalverbandsbeschlüssen der Vorrang vor den Abmachungen der Deutschböhmen Vereinigung ausdrücklich gewahrt ist.

Ueber die Beratungen der alpenländischen Vereinigung von Nationalverbandsmitgliedern wird eine parteiamtliche Verlautbarung ausgegeben, in der es heißt:

Die Beratung hatte den Zweck, in wichtigen nationalpolitischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten Südbösterreichs, die zum Teil mit der äußeren Politik der Monarchie eng zusammenhängen, die so wünschenswerte und notwendige Uebereinstimmung zu erzielen. Diese Angelegenheiten, denen in der Öffentlichkeit leider nicht die Aufmerksamkeit geschenkt wird, welche ihnen gebührt, sind unter anderen: die künftige Entwicklung auf dem Balkan, die Zukunft der Adria, die Stellung Triests nach dem Kriege, die Bedeutung Dalmatiens für Österreich, die Besiedelung im jetzigen südlichen Kriegsgebiete, die Pflege des Staatsgefühles und des Schulwesens in den betreffenden Ländern, dann die Ausnützung der Wasserkräfte, die Zoll-, Verkehrs- und Tarifpolitik vom alpenländischen Standpunkte aus und die Bauernfrage. In der Wechselrede wurde allseits die große Wichtigkeit dieser Fragen für das Reich und für das gesamte Deutschthum nachdrücklich betont. Abg. Einspinner legte die unbedingte Notwendigkeit der Erhaltung Dalmatiens für Österreich wegen des ungehinderten freien Verkehrs zur See und nach dem Balkan beweiskräftig dar und stellte das Erscheinen einer Schrift, welche diesen Gegenstand ausführlich behandelt, für die nächste Zeit in Aussicht. Wegen der außerordentlichen Melzinanspruchnahme der Viehzucht der Alpenländer in der Kriegszeit wird die Regierung andrücklichst ersucht, der alpenländischen Landwirtschaft gleich den Verfügungen des Statthalters von Niederösterreich vom 10. November 1916 Kraftfuttermittel im weitestgehenden Ausmaße zur Verfügung zu stellen. In Bälde sollen allgemeine Vertrauensmännertage zur Besprechung der südbösterreichischen Fragen einberufen werden. Der erste in Linz.

Katholische tschechische Abgeordnete gegen die Vierverbandsnote.

Auf einer am Sonntag in Proßnitz in Mähren abgehaltenen Feier zur Thronbesteigung des Kaisers führte das Mitglied der tschechischen katholisch-nationalen Partei Abg. Valoušek bezüglich der Vierverbandsnote an Wilson aus:

Das tschechische Volk will unter Habsburgs Szepter, unter dem es seine Existenz sich bewahrt hat, auch in der Zukunft bleiben. Deswegen lehnt es alle Rettungsangebote ab und ruft England und Rußland zu: „Verzagt, luriert euch selbst! Staaten, die ihre eigenen Völker treuen, können nicht ernst genommen werden, wenn sie Befreiung anderen in Aussicht stellen!“

Abg. Dr. Grubán richtete an die Versammlung eine Zuschrift, in der es heißt:

„Eure Versammlung ist nach der Veröffentlichung der Note der Entente an den Präsidenten Wilson ein unmittelbarer feierlicher und spontaner Protest gegen die tendenziös und heuchlerisch angebotene Hilfe, die Tschechen und Slowaken aus der Fremdherrschaft zu befreien.“ Das ist ein unerhörter Eingriff in die inneren Angelegenheiten unseres Reiches und eine Annäherung von Rechten, die ausschließlich den Vertretern des tschechischen Volkes zustehen. Diese haben jedoch einmütig und feierlich vor der ganzen Welt erklärt, daß sie auf dem Boden des Reiches und der altverwundigen habsburgischen Dynastie stehen. England möge zuvor das katholische Volk der Iren, Rußland die katholischen Polen und Ukrainer befreien. Dort mögen sie ihre Pflicht gegenüber den kleinen Völkern tun. Unser Volk werden sie nicht irreführen und verleiten! Das tschechische Volk lehnt sich nach Selbständigkeit, allein es will sie und alle anderen Rechte nur und ausschließlich in Treue an sein altes Programm und im Rahmen der österreichischen Monarchie und in Hingebung an die altverwundige habsburgische Dynastie erreichen. Die einzige Antwort der Tschechen und zugleich der flammende Protest auf die unerhörte Kundgebung der Entente lautet: Aufrichtige Treue für den Kaiser und unseren böhmischen König Karl bis in den Tod!“

Der Brief Grubáns scheint allerdings nicht nur eine Absage an die feindlichen „Befreier“, sondern zugleich ein Bekenntnis zur alten Staatsrechtlerei auf der neuen Grundlage der nationalen Autonomie zu sein; denn Grubán spricht ausdrücklich von der Sehnsucht des „tschechischen Volkes“ nach „Selbständigkeit“. Die Erfüllung einer solchen Sehnsucht hätte die nationale Absonderung und Zusammenfassung der Tschechen in jenen Ländern, die von ihnen bewohnt werden, zur logischen Voraussetzung, da die deutsche Bevölkerung der nämlichen Länder selbstverständlich in eine tschechische Selbstständigkeit unmöglich einbezogen werden könnte. So wird die Staatsrechtlerei zum stärksten Vorspann einer nationalen Zerreißung der Sudetenländer!